legende Schlußfolgerungen für ein künftig verantwortungsbewußtes Verhalten gezogen hat, daß aber jegliche Fortsetzung der strafbaren Handlungen oder anderer strafbarer Handlungen durchaus strafrechtlich sanktioniert werden kann (müßte o. a.) Dabei muß in der Untersuchungsarbeit für den Eintritt eines solchen Falles klar sein, daß dann die der früheren Verdachtshinweisprüfung zugrunde liegenden strafbaren Handlungen nicht mehr strafrechtlich sanktioniert werden können, aber im Sinne des § 61 (2) StGB als gesellschaftliches Verhalten des Täters vor einer neuen Tat bei einer evtl. Strafzumessung Beachtung finden können.

Bei den im Rahmen der empirischen Untersuchungen geführten Konsultationen wurde mehrfach das Problem der parallelen Durchführung von Verdachtshinweisprüfungen und Ermittlungsverfahren gegen Bekannt in der gleichen Sache und zur gleichen Person angesprochen. Insbesondere traten Fragen auf, ob bereits während der noch laufenden Verdächtigenbefragung ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und die hieraus möglichen Ermittlungshandlungen, insbesondere strafprozessuale Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden können. Die Autoren vertreten dazu die Auffassung, daß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung die Beendigung der Verdachtshinweisprüfung vor Einleitung des oben genannten Ermittlungsverfahrens erfordern (vgl. § 95 (1) Satz 2 StPO).